
Schreiben der Zentralen Koordinierungsgruppe an alle Diensteinheiten zu Maßnahmen gegen Ausreisewillige

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Das SED-Regime wusste sich nicht anders zu helfen, als die "Provokateure" abzuschieben.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Etliche Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten waren seit September 1987 in der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" organisiert, die Rechtsberatungen für Ausreisewillige durchführte. Sie hatte am 10. Dezember 1987 mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam gemacht. Seitdem verstärkte die Stasi ihr Vorgehen gegen Ausreisewillige noch einmal.

Zum Tag der Menschenrechte erwartete die Stasi Aktivitäten oppositioneller Kräfte, insbesondere von Ausreisewilligen. Entsprechend verstärkte sie ihre Anstrengungen, um Vorkommnisse mit Ausreisewilligen sowie "Angriffe auf die Staatsgrenze" zu verhindern.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8877, Bl. 1-4

Metadaten

Diensteinheit: Zentralen
Koordinierungsgruppe

Datum: 7.12.1987

Schreiben der Zentralen Koordinierungsgruppe an alle Diensteinheiten zu Maßnahmen gegen Ausreisewillige

103432

Zentrale Koordinierungsgruppe
Leiter

Berlin, 7. Dezember 1987

Bestätigt: *[Signature]*
Generalleutnant

DienstEinheiten
Leiter

Vertrauliche Verschlussache
VVS-o008

MfS-Nr. 75/87
63. Ausf. Bl. 1 bis 2

Erneut verstärken Feindorganisationen und andere gegnerische Stellen und Kräfte unter dem Deckmantel des Eintretens für Menschenrechte und mehr Freiheit ihre subversiven Aktivitäten gegen die DDR. Sie befinden sich dabei in Übereinstimmung mit Politikern der BRD, werden von ihnen unterstützt bzw. wirken direkt mit ihnen zusammen. Von besonderer Bedeutung ist der Zusammenhang zum bevorstehenden Tag der Menschenrechte (10. 12.).

Die Feindorganisationen IGfM, "Hilferufe von drüben", "Verband ehemaliger DDR-Bürger" beabsichtigen, im engen Zusammenwirken mit gegnerischen Massenmedien und weiteren feindlichen Kräften durch öffentliche Aktionen in der BRD und in Westberlin ("Informations"-stände, Pressekampagnen, Hetzveranstaltungen) auf Bürger der DDR einzuwirken und subversive Aktivitäten auszulösen. Zunehmend ist das Vorgehen dieser Kräfte darauf gerichtet, übersiedlungser-suchende DDR-Bürger zu feindlich-negativen Zusammenschlüssen und abgestimmtem Auftreten zu inspirieren und sie zu antisozialistischen Handlungen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit zu mißbrauchen.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8877, Bl 1-4

Blatt 1

Schreiben der Zentralen Koordinierungsgruppe an alle Diensteinheiten zu Maßnahmen gegen Ausreisewillige

BSU
000002

2

SCJ 801

Die IGfM-Zentrale bereitet eine neue Verleumdungskampagne vor. Der DDR soll unterstellt werden, sie mißbrauche Kinder als Geiseln, um deren Eltern gefügig zu machen. Personen, die die DDR unter Zurücklassung ihrer Kinder ungesetzlich verlassen haben bzw. denen wegen grober Verletzung der Erziehungspflichten das Erziehungsrecht entzogen wurde, sollen als sogenannte Kronzeugen genutzt werden. Zu diesem Zweck wurden eine neue Arbeitsgruppe zum "Schutz von Kindern vor Mißbrauch zu politischen Zwecken" und ein "IGfM-Kinderschutzfond" gebildet. Weitere anti-sozialistische Aktivitäten zum Tag der Menschenrechte sind durch die IGfM-Regionalgruppe in der Schweiz geplant (Auftreten ehemaliger DDR-Bürger vor der Presse in Bern). Unter Berufung auf die IGfM kündigten westliche Medien für den 10. Dezember eine Demonstration von Anhängern der "Charta 77" aus allen Landesteilen der CSSR in Prag an. Die IGfM publizierte eine Meldung über die Schaffung einer sogenannten Paketbrücke in die Sozialistische Republik Rumänien als Lebensmittelhilfe.

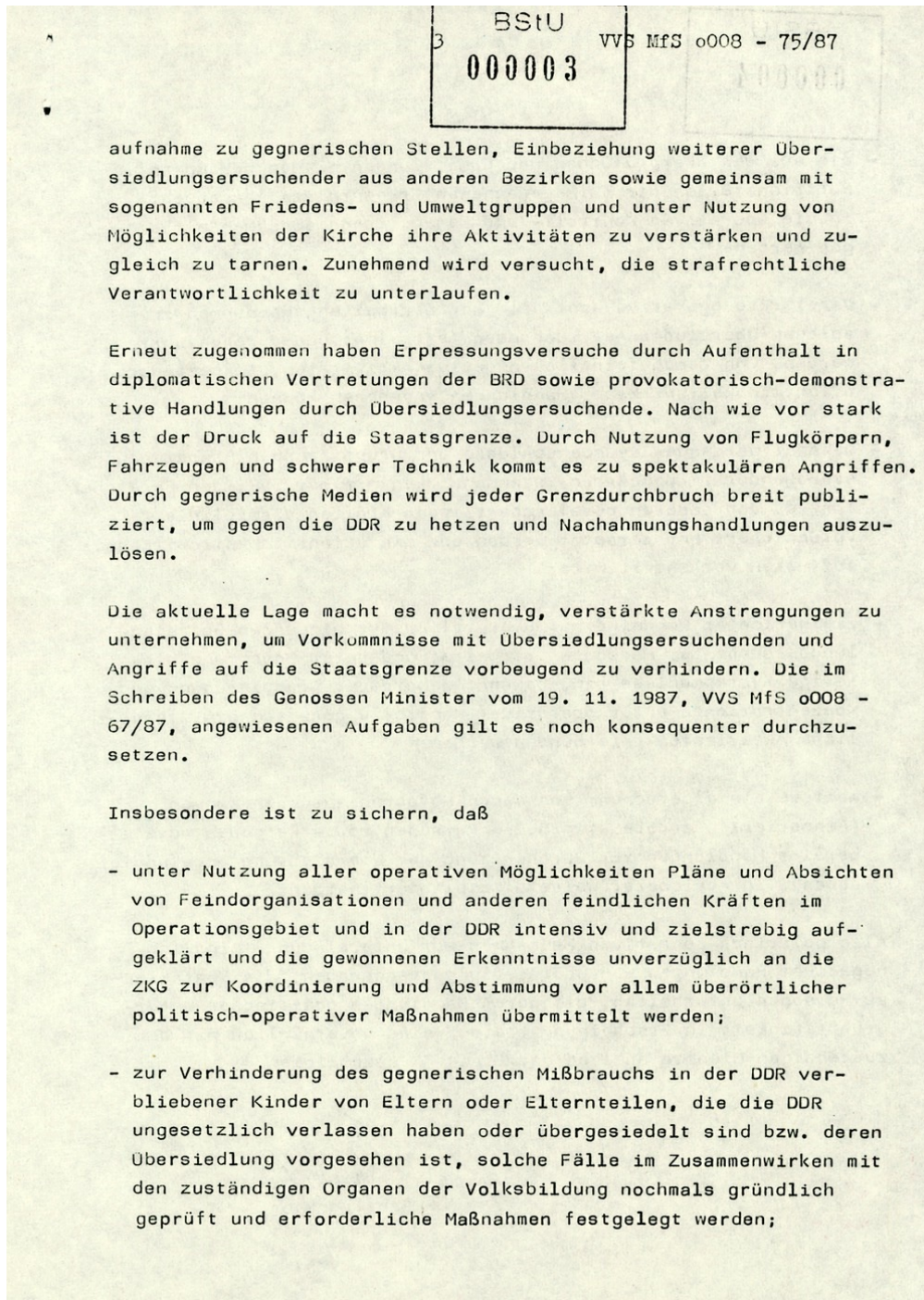
Durch Agenturen der Feindorganisation "Hilferufe von drüben" werden nachweislich Übersiedlungersuchende DDR-Bürger in ihren Absichten bestärkt, über die Art und Weise des Vorgehens instruiert und teilweise direkt aufgefordert, durch strafbare Handlungen den "schweren Weg" über den Strafvollzug zu gehen, um die Ausreise zu erreichen.

Die Feindorganisation Hvd führte am 5. und 6. Dezember 1987 aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens das sogenannte 10. Bundestreffen ehemaliger politischer Häftlinge aus der DDR und andere Veranstaltungen durch, auf denen ehemals in der DDR inhaftierte Personen sowie andere ehemalige DDR-Bürger zu massiver Hetze gegen die DDR mißbraucht wurden.

Die Lage unter Übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern ist gegenwärtig zunehmend gekennzeichnet durch Bestrebungen feindlich-negativer Kräfte, sich zusammenzuschließen und zu versuchen, durch abgestimmtes, öffentlichkeitswirksames Vorgehen Druck auf die staatlichen Organe auszuüben und Entscheidungen zu erzwingen. Die Rädelsführer und Organisatoren sind bestrebt, durch Verbindungs-

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8877, Bl. 1-4

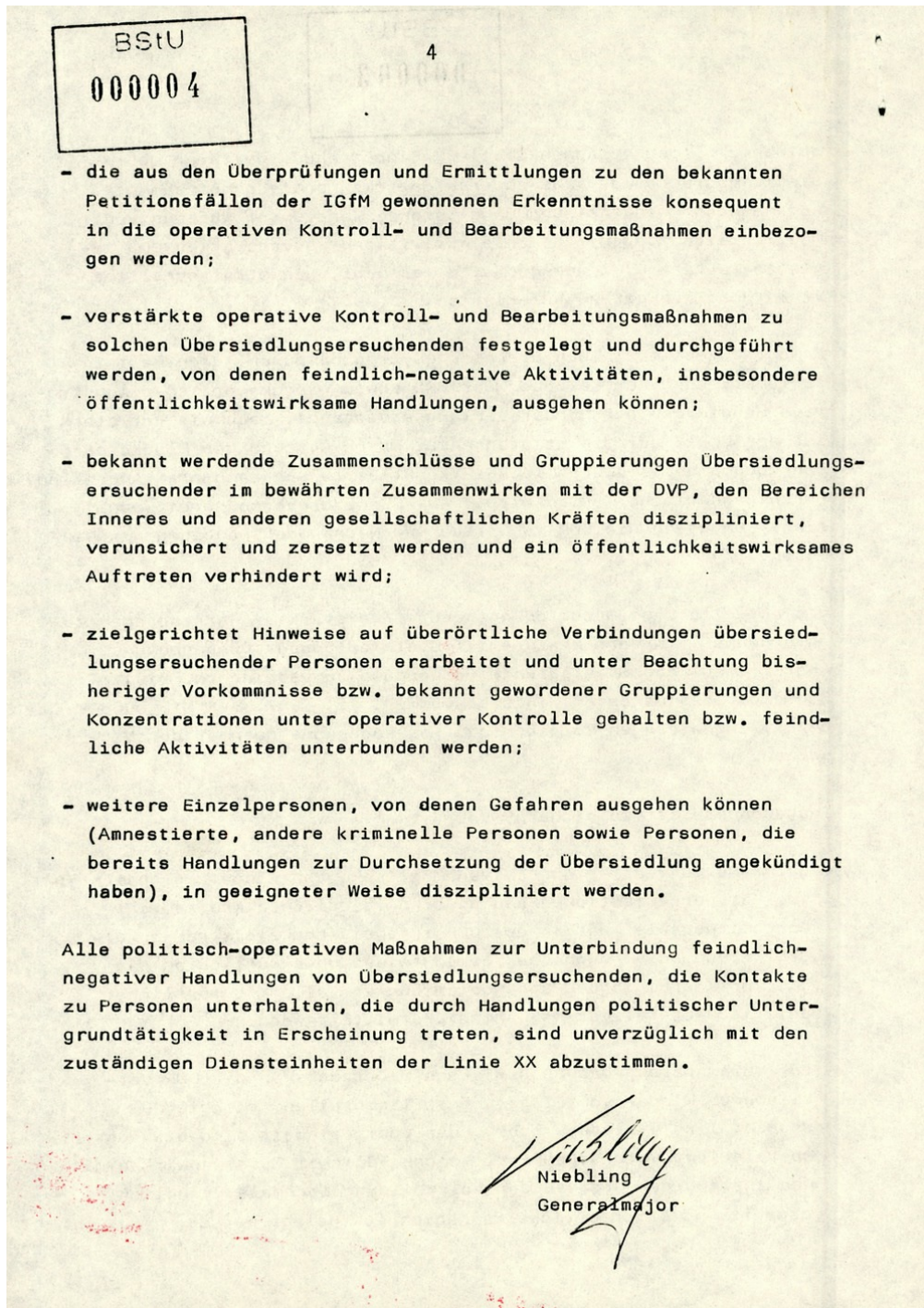
Blatt 2

Schreiben der Zentralen Koordinierungsgruppe an alle Diensteinheiten zu Maßnahmen gegen Ausreisewillige

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8877, Bl 1-4

Blatt 3

Schreiben der Zentralen Koordinierungsgruppe an alle Diensteinheiten zu Maßnahmen gegen Ausreisewillige



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8877, Bl 1-4

Blatt 4